II-853 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
X. Gesetzgebungsperiode

25.10.1965

329/J

Anfrage

der Abgeordneten Preußler, Adam Pichler, Wielandner und Genossen
an den Bundesminister für Landesverteidigung,
betreffend Duldung parteipolitischer Aktionen im Bundesheer.

-.-.-.-.-.-.-

Die Fraktion christlicher Gewerkschafter im Bundesheer führt zurzeit eine politische Kampagne im Zusammenhang mit der Wehrgesetznovelle durch. Dies ist ihr gutes Recht - soweit diese Kampagne nicht in den Dienstbetrieb des Bundesheeres hineingetragen wird.

Dies ist aber geschehen, und zwar dadurch, dass Unteroffiziere des Bundesheeres zu einer politischen Veranstaltung, und zwar zu einer Unterschriftenaktion der christlichen Gewerkschaftsfraktion befohlen wurden, die während der Dienstzeit stattfand.

Als gegen diese Hineintragung der Parteipolitik in das Bundesheer heftig protestiert wurde, gab der Bundesminister für Landesverteidigung eine amtliche Meldung heraus (APA vom 28.9.1965), die in mehreren Punkten Unrichtigkeiten enthält. Insbesondere wurde behauptet, eine vom Bundesminister für Landesverteidigung angeordnete Überprüfung habe ergeben, dass in den Salzburger Kasernen weder eine ÖVP-Veranstaltung, noch speziell eine ÖAAB-Versammlung stattgefunden habe. Es sei vielmehr in "Gewerkschaftsversammlungen" die Frage "der Dauer der Heranziehung von Beamten und Vertragsbediensteten zur Ausübung einer Unteroffiziersfunktion erörtert" worden. Dazu ist festzustellen, dass es absolut unrichtig ist und nicht hingenommen werden kann, die Fraktionssitzung einer der drei politischen Fraktionen des Gewerkschaftsbundes, in der Angriffe gegen eine andere (nämlich die sozialistische) Fraktion gerichtet werden, als "Gewerkschaftsversammlung" zu bezeichnen. Es muss mit ernster Sorge vermerkt werden, dass der Bundesminister für Landesverteidigung offensichtlich den Unterschied zwischen dem überparteilichen Österreichischen Gewerkschaftsbund und den in diesem vertretenen politischen Fraktionen nicht kennt.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung die nachstehenden

Anfragen:

1. Wer ist dafür verantwortlich, dass Unteroffiziere des Bundesheeres zu einer Fraktionssitzung kommandiert wurden, die während der Dienstzeit stattfand?
2. Sind Sie bereit, gegen die Verantwortlichen unverzüglich ein Disziplinarverfahren wegen des Verdachtes der Verletzung der Bestimmungen des § 36 Wehrgesetz einzuleiten?

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-